Gesellschaftsvertrag der NHC Verwaltungs-GmbH

§ 1

Firma und Sitz der Gesellschaft

1. Die Gesellschaft führt die Firma „NHC Verwaltungs-GmbH“.
2. Sitz der Gesellschaft ist Herzebrock-Clarholz.

§ 2

Gegenstand des Unternehmens

1. Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme der Stellung eines persönlich haftenden und geschäftsführenden Gesellschafters der „Netzgesellschaft Herzebrock-Clarholz GmbH & Co. KG“.
2. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen befugt, die den Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu fördern geeignet sind. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen erwerben, errichten oder pachten und Verträge (Betriebsführungs- und Betriebsüberlassungsverträge) mit ihnen abschließen.
3. Die Gesellschaft wird die Anforderungen des Energiewirtschaftsgesetzes erfüllen.

§ 3

Dauer der Gesellschaft, Geschäftsjahr

1. Die Dauer der Gesellschaft ist nicht begrenzt.
2. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 4

Stammkapital, Stammeinlage

1. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000,00 € und ist eingeteilt in 25.000 Geschäftsanteile im Nennbetrag von je EUR 1,00 mit den laufenden Nummern 1 bis 25.000.
2. Auf das Stammkapital übernehmen die Gesellschafter folgende Stammeinlagen:

Geschäftsanteil mit den lfd. Nr. 1 – 12.500:
Stadtwerke Gütersloh GmbH
(nachfolgend „**SWG**“ genannt) 12.500,-€ (50 %)

Geschäftsanteil mit den lfd. Nr. 12.501 – 25.000:
Gemeinde Herzebrock-Clarholz
(nachfolgend „**Gemeinde**“ genannt) 12.500,- € (50 %)
3. Die Stammeinlagen sind in bar zu erbringen.

§ 5

Gesellschaftsorgane

Organe der Gesellschaft sind:

- die Geschäftsführung,
- die Gesellschafterversammlung.

§ 6

Geschäftsführung und Vertretung der Gesellschaft

1. Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Diese werden von der Gesellschafterversammlung bestellt und abberufen. Jeder Gesellschafter kann einen Geschäftsführer benennen.
2. Ist ein Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch ihn allein, sind mehrere bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen gemeinschaftlich vertreten.
3. Der Geschäftsführung obliegt die Führung der Geschäfte nach Maßgabe der Gesetze und dieses Gesellschaftsvertrages. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so kann darüber hinaus durch die Gesellschafterversammlung eine Geschäftsordnung für die Geschäftsführung beschlossen werden.
4. Die Geschäftsführer sind für Rechtsgeschäfte zwischen der Gesellschaft und der Netzgesellschaft Herzebrock-Clarholz GmbH & Co. KG von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit. Darüber hinaus kann die Gesellschafterversammlung einzelnen oder allen Geschäftsführern generell für bestimmte Arten von Geschäften oder im Einzelfall durch einstimmigen Beschluss Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB erteilen.

§ 7

Gesellschafterversammlung, Einberufung und Abwicklung

1. Eine Gesellschafterversammlung findet innerhalb der ersten acht Monate nach Ablauf eines Geschäftsjahres statt, sobald geprüft Jahresabschluss und Lagebericht vorliegen. Im Übrigen wird sie nach Bedarf einberufen. Sie ist unverzüglich einzuberufen, wenn ein Gesellschafter dies unter Angabe der Tagesordnung fordert. Jeder Gesellschafter entsendet einen legitimized Vertreter.
2. Die Gesellschafterversammlung wird durch die Geschäftsführung schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung mit einer Frist von zwei Wochen einberufen. Bei der Berechnung der Frist werden Absendetag und Tag der Versammlung nicht mitgerechnet. Der Einberufung zur ordentlichen Gesellschafterversammlung ist der Jahresabschluss (Bilanz-, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang) und der Lagebericht beizufügen.
3. Eine nicht ordnungsgemäß einberufene Gesellschafterversammlung kann Beschlüsse nur fassen, wenn sämtliche Gesellschafter vertreten sind und kein Widerspruch gegen die Beschlussfassung erhoben wird. Die Vertreter der Gesellschafter können ihre Stimmen nur einheitlich abgeben.
4. Die Gesellschafterversammlung wählt einen Vorsitzenden.
5. Über die Verhandlungen und Beschlüsse der Gesellschafterversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen, die vom Vorsitzenden der Versammlung und einem von ihm bestellten Schriftführer unterzeichnet wird. Der Geschäftsführer ist verpflichtet, jedem Gesellschafter unverzüglich eine Abschrift der Niederschrift zuzuleiten.
6. Die Geschäftsführung nimmt an der Gesellschafterversammlung teil, soweit die Gesellschafterversammlung im begründeten Einzelfall nicht etwas anderes beschließt.

§ 8

Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung

1. Beschlüsse der Gesellschafter werden in der Gesellschafterversammlung oder gemäß § 48 Abs. 2 GmbHG gefasst.
2. Je 50,00 € eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme.
3. Beschlüsse werden, soweit Gesetz oder dieser Gesellschaftsvertrag nichts anderes vorschreiben, mit einer Mehrheit von $\frac{3}{4}$ der abgegebenen Stimmen gefasst.

4. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens 75 % des Stammkapitals vertreten sind. Ist die Gesellschafterversammlung in einer ordnungsgemäß einberufenen Versammlung nicht beschlussfähig, so kann mit einer Frist von mindestens 14 Tagen eine neue Versammlung mit der gleichen Tagesordnung einberufen werden, die ohne Rücksicht auf die Höhe des vertretenen Stammkapitals beschlussfähig ist. Hierauf ist in der Einladung, die per Einschreiben zu erfolgen hat, gesondert hinzuweisen.
5. Der Beschlussfassung durch die Gesellschafterversammlung unterliegen alle Angelegenheiten, die nicht durch Gesetz oder diesen Gesellschaftsvertrag anderen Organen zugewiesen sind. Insbesondere:
  - a) Änderung des Gesellschaftsvertrages einschließlich Kapitalerhöhungen und -herabsetzungen.
  - b) Abschluss und Änderung von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes.
  - c) Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen.
  - d) Feststellung des Wirtschaftsplans, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses.
  - e) Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer.
  - f) Auflösung der Gesellschaft.
  - g) Entlastung der Geschäftsführung.
  - h) Abschluss, Aufhebung, Änderung von Geschäftsführeranstellungsverträgen.
  - i) Auswahl und Bestellung des Abschlussprüfers.

§ 9

Verfügung über Geschäftsanteile

1. Die Verfügung über Geschäftsanteile oder über Teile von Geschäftsanteilen ist nur mit schriftlicher Einwilligung der Gesellschaft zulässig. Die Einwilligung darf nur nach vorheriger Zustimmung der Gesellschafterversammlung und nur dann erteilt werden, wenn der veräußernde Gesellschafter an den Erwerber auch seine Kommanditbeteiligung an der Kommanditgesellschaft überträgt, an der die Gesellschaft als persönlich haftende Gesellschafterin beteiligt ist (§ 2).
2. Der Beschluss der Gesellschafterversammlung muss einstimmig erfolgen.
3. Sofern ein Gesellschafter seinen Gesellschaftsanteil ganz oder teilweise veräußern will, wird er diesen dem anderen Gesellschafter mittels eingeschriebenen Briefes anbieten.

§ 10 Wirtschaftsplan

1. In sinngemäßer Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften haben die Geschäftsführer so rechtzeitig einen Wirtschaftsplan aufzustellen, dass die Gesellschafterversammlung ihn vor Beginn des Geschäftsjahres beschließen kann.
2. Der Wirtschaftsplan umfasst den Erfolgs- und Vermögensplan sowie die Stellenübersicht.
3. Der Wirtschaftsführung sind der Wirtschaftsplan sowie eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde zu legen, die den Gesellschaftern unaufgefordert zur Kenntnis zu bringen sind.
4. Das Unternehmen ist in sinngemäßer Anwendung der Wirtschaftsgrundsätze nach § 109 GO NRW zu führen.

§ 11 Jahresabschluss, Lagebericht

1. Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang) und Lagebericht sind von den Geschäftsführern in den ersten drei Monaten nach Schluss des Geschäftsjahres aufzustellen und dem Abschlussprüfer unverzüglich nach der Aufstellung vorzulegen. Unverzüglich nach Eingang des Prüfungsberichtes des Abschlussprüfers haben die Geschäftsführer den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Prüfungsbericht der Gesellschafterversammlung vorzulegen. Insbesondere sind die Verpflichtungen nach § 108 Abs. 1 Nr. 9 GO NRW einzuhalten.
2. Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts erfolgen nach den Vorschriften des 3. Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen. Es gilt § 53 Abs. 1 Haushaltsgrundsätze-gesetz (HGrG).
3. Die Prüfung ist nach den Grundsätzen des § 53 Abs. 1 Nr. 12 HGrG durchzuführen. Der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers ist den Gesellschaftern unverzüglich nach Eingang zu übersenden.
4. Im Lagebericht oder in einem gesonderten Bericht ist zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung zu nehmen.
5. Der Rechnungsprüfungsausschuss der Gemeinde Herzebrock-Clarholz und das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Gütersloh sowie der Stadt Bielefeld haben die Befugnisse aus § 54 HGrG.
6. Die Offenlegung des Jahresabschlusses richtet sich nach den handelsrechtlichen und zusätzlichen gemeinderechtlichen Bestimmungen.

§ 12
Bekanntmachungen der Gesellschaft

1. Die nach den gesetzlichen Vorschriften erforderlichen Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Bundesanzeiger.
2. Die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses sowie das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichts werden ortsüblich bekannt gemacht. Gleichzeitig werden der Jahresabschluss und der Lagebericht ausgelegt. In der Bekanntmachung wird auf die Auslegung hingewiesen. Die Bekanntmachung ist den Gesellschaftern unaufgefordert zur Kenntnis zu bringen.

§ 13
Landesgleichstellungsgesetz / Funktionsbezeichnungen

Die Gesellschaft wendet die einschlägigen Regelungen des Landesgleichstellungsgesetzes NRW an. Funktionsinhaber im Sinne entsprechender Bezeichnungen sind weibliche und männliche Personen.

§ 14
Salvatorische Klausel

Sollten Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise nicht rechtswirksam oder nicht durchführbar sein oder ihre Rechtswirksamkeit oder Durchführbarkeit später verlieren, so soll hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrages nicht berührt werden. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung soll eine angemessene Regelung gelten, die - soweit rechtlich möglich - dem am nächsten kommt, was die Vertragsparteien gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck dieses Vertrages gewollt haben würden, sofern sie bei Abschluss des Vertrages den Punkt im Hinblick auf die Rechtswirksamkeit und Durchführbarkeit bedacht hätten. Entsprechendes gilt bei etwaigen Lücken des Vertrages.

Gütersloh, den _____

Herzebrock-Clarholz, den _____

Stadtwerke Gütersloh GmbH

Gemeinde Herzebrock-Clarholz

_____

_____